



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat, gegenüber der Bundesregierung sowie auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass sämtliche CO₂-Flottenziele ersatzlos gestrichen werden und die Gefahr milliardenhoher Strafzahlungen für bayerische und deutsche Automobilkonzerne damit abgewendet wird.

Begründung:

Die von der EU für 2025 vorgegebenen CO₂-Flottengrenzwerte bedrohten einige europäische Autohersteller mit Strafzahlungen in Milliardenhöhe. In Summe war bisher von möglichen „Klimastrafen“ in Höhe von bis zu 16 Mrd. Euro die Rede. Nach der für das laufende Jahr bisher gültigen Regelung dürfen die durchschnittlichen Emissionen der verkauften Pkw je Hersteller nur noch 93,6 g/km betragen, zuvor lag der Wert noch bei 116 g/km (minus 19 Prozent). Der CO₂-Ausstoß bei leichten Nutzfahrzeugen (bis 3,5 t) soll von 185 g/km auf 154 g/km sinken (minus 17 Prozent).

Der massive Einbruch beim Absatz von E-Autos macht es für die Hersteller schwieriger, die verschärften Grenzwerte einzuhalten und Strafzahlungen zu verhindern. Deshalb hat die Branche die Europäische Kommission um Erleichterung gebeten, was einen Kompromiss zum Ergebnis hatte. Die verschärften Werte an sich bleiben bestehen, doch Hersteller können nun ihre Emissionswerte für 2025 bis 2027 über den gesamten Zeitraum mitteln, statt sie jährlich erfüllen zu müssen. Das schafft der Branche etwas mehr Spielraum, zumal sich die Marktlage durch die aktuelle US-Zollpolitik tendenziell nochmals verschlechtert hat.

Zwar ist diese Maßnahme zu begrüßen, sie ändert jedoch an der prinzipiellen Fehlkonstruktion nichts. Aus einer klimaideologischen Motivation nimmt die EU-Kommission massive planwirtschaftliche Eingriffe in das Marktgeschehen vor, zwingt Unternehmen zu technologischen Präferenzen in ihrer Produktpalette, verteuert die Produktion und gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand in hohem Maße. Diesem brachialen ökosozialistischen Angriff wird eine der letzten verbliebenen Schlüsselindustrien in Deutschland und Bayern womöglich nicht lange standhalten können, zumal die Automobilhersteller aufgrund immer schlechterer Standortbedingungen wie stark gestiegenen Energiekosten, extremer Überregulierung und hohen Lohnnebenkosten ohnehin unter Druck stehen. Schon jetzt ist die Tendenz der Branche inklusive Kfz-Zulieferern zu Werksschließungen, Stellenabbau und Produktionsverlagerung ins Ausland unübersehbar.

Es hilft daher nicht, einen zutiefst negativen Prozess nur zu verlangsamen – er muss gestoppt werden, je früher, desto besser. Im Sinne einer Wiedergesundung der heimischen Wirtschaft, des Schutzes der wirtschaftlichen Freiheit, unserer marktwirtschaftlichen Ordnung und Zehntausender Arbeitsplätze muss es die Staatsregierung als Pflicht

begreifen, sich mit allem Nachdruck gegen die sozialistisch-planwirtschaftlichen Vorgaben der EU zu wenden und auf die vollständige Abschaffung der Regelung zu den CO₂-Flottengrenzwerten hinzuwirken.